

Dresdner Volkszeitung

Hauspostkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **wirtschaftliche Volk**

Verleger: Emil Stanzant, Dresden.
Herausgeber: Angehörige und
Beamte d. V. V. Dresden.
Gebr. Kraboth, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abendausgabe einschließlich Anzeigen mit der nächsten Unter-
landpostzeitung „Volk, Wissen, Kunst“ außerdem „Volk und Welt“
Sonntags 2 Blatt, halbmotiviert 1 Blatt. Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3311, Dresden.
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3311 und 1277.
Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Normalzei-
tung 35 Pf., die 30 mm breite Normalzeitung 250 Pf., für auswärtige
Abnehmer 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnenten, Stellen- und Dienst-
stellen 40 Pf. Abon. Abon. für Vereinsabonnenten 10 Pf.

Nr. 76

Dresden, Donnerstag den 29. März 1928

39 Jahrg.

Die Wirtschaftspartei in Nöten

Es wird immer spöthafter, zu sehen, wie sich die söchische Wirtschaftspartei jetzt in ihren Kämpfen wandelt. Mit ihren rohmännlichen Drohungen ist sie so in die Klemme geraten, daß sie nicht mehr ein und aus weiß. Auf der einen Seite hat sie eine Döllenangst davor, daß sie wirklich ihre Drohungen wahr machen müßte, und es in Sachsen zu einer Regierungskrise und Landtagsauflösung kommen könnte, auf der anderen Seite hat sie Angst vor der Blamage, die vor aller Welt offenkundig wird, wenn nach all ihren Drohungen nichts erfolgt, trotzdem die Herrschaften vorher ihren Mund so voll genommen haben. Heute soll noch einmal eine interaktionelle Sitzung stattfinden, die sich mit der Erhöhung des Mietanteiles der Hausbesitzer beschäftigt und, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz behauptet, die „Entscheidung über die weitere innerpolitische Gestaltung in Sachsen bringen dürfte“.

Sie vermögen allerdings nicht mehr zu glauben, daß sich an der innerpolitischen Gestaltung in Sachsen irgendetwas ändern wird, wenn die Wirtschaftspartei heute wieder ihre Wünsche nicht erfüllt bekommen. Es wäre ja möglich, daß ihr tapferes Zurückweichen bei ihren eigenen Leuten so viel Enttäufung hervorgerufen hat, daß sie nun doch noch energischer werden wollen, aber für sehr wahrscheinlich können wir das nicht halten, nachdem wir gesehen haben, wie sehr diese Wirtschaftspartei von der Angst vor der eigenen Courage gezeichnet wird. Auch das Verhalten der Wirtschaftspartei im Rechtsausschuß, über den wir an anderer Stelle berichtet, läßt nicht darauf schließen, daß die Wirtschaftspartei sich der Gefahr einer Landtagsauflösung aussetzen wollen.

Wichtiges scheint inzwischen Herr Rohmann seinen Anhängern von der Wirtschaftspartei den Markt geblasen zu haben, weil man von ihm abgerückt ist. Herr Rohmann hatte bekanntlich den Standpunkt vertreten, daß, wenn die Hausbesitzerwünsche nicht erfüllt werden, die Vertreter des Hausbesitzes im Landtage einer Landtagsauflösung zustimmen müßten. Darauf hatte Herr Dumjahn in einer interaktionellen Sitzung erklärt, daß die Ausführungen Rohmanns für die Abgeordneten der Wirtschaftspartei nicht bindend seien. Jetzt verbreitet der Verband Sächsischer Haus- und Grundbesitzervereine eine Notiz, die offenbar eine Verwässerungsspiel für Rohmann sein soll, und in der behauptet wird, Dumjahn hätte nur erklärt, daß die dem Hausbesitzerwünschen der Wirtschaftspartei, solange Verhandlungen über die Erhöhung des Mietanteiles der Hausbesitzer an der gesetzlichen Mietobergrenze, hinsichtlich ihrer Haltung zu den Auflösungsentscheidungen noch nicht gebunden seien, und Herr Rohmann habe ebenfalls keine endgültige Stellungnahme von dem Inhalt der Verhandlungen abhängig gemacht.

Uns ist nicht klar, was mit dieser Notiz eigentlich gesagt werden soll. Selbstverständlich ist es niemandem eingeleuchtet, zu behaupten, daß die Wirtschaftspartei unter allen Umständen einer Landtagsauflösung zustimmen würde, auch wenn die Hausbesitzerwünsche erfüllt werden, und

n i e m a n d hat Herrn Rohmann unterschoben, daß er etwas Derartiges gesagt habe. Er hat selbstverständlich nur den Fall im Auge gehabt, daß die Hausbesitzerwünsche nicht in Erfüllung gehen.

Wenn Herr Dumjahn weiter nichts gesagt hat, als daß die dem Hausbesitzerwünschen der Wirtschaftspartei in ihrer Haltung zur Auflösungsfrage nicht gebunden sind, solange noch Verhandlungen über den Mietanteil schweben, so war das eine völlig nichtssagende Erklärung. Worauf es ankommt, ist, was die Herren zu tun gedenken, wenn sie eben mit ihren Wünschen nicht durchkommen, und der Verantwortung dieser Frage geht die vom Verband der Sächsischen Haus- und Grundbesitzervereine in Dresden verbreitete Notiz sehr sorgfältig aus dem Wege. Die Herren von der Wirtschaftspartei haben furchtbare Angst vor jeder Antwort auf diese peinliche Frage.

Nur vor Medaillonschlag wird uns gemeldet:

Die politische Lage in Sachsen scheint sich recht zuspitzen, denn die Wirtschaftspartei besteht unter dem Einfluß der Hausbesitzer mit aller Kraft darauf, daß die 1/2 Prozent der Hausbesitzer bewilligt werden. Es scheint, daß sie die ernstesten Konsequenzen in Aussicht gestellt hat und auch wirklich durchzuführen wird, falls heute keine Einigung zustande kommt. Allerdings dürfte sie kaum einer Landtagsauflösung zustimmen wegen des Prozesses vor dem Staatsgerichtshof gegen die Gültigkeit des Wahlgesetzes. Wohl aber läge außer dem Rücktritt des Finanzministers Weber ein Ministereinsatzantrag und ein Sturz des Kabinetts selbst in Frage.

Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist — wie amtlich mitgeteilt wird — auch in der ersten Märzhälfte nur in dem gleichen geringen Umfange zurückgegangen wie in den vorhergehenden Wochen; das dürfte in der Hauptsache auf die kalte Witterung zurückzuführen sein, die bis Mitte März angehalten hat. In der Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. März 1928 rund 1.200.000 gegenüber 1.237.500 zu Anfang des Monats; sie hat also um rund 37.500 oder um drei Prozent abgenommen. Der Rückgang machte bei den männlichen Arbeitslosen 3,3 Prozent, bei den weiblichen nur 1,1 Prozent aus. Die Arbeitslosenversicherung zeigte für den gleichen Zeitraum nur einen ganz geringen Rückgang von 1,2 Prozent (rund 212.300 Hauptunterstützungsempfänger am 15. März gegenüber 215.000 am 1. März). Die Zahl der Kostensonderarbeiter hat in dem Berichtszeitraum wieder um 4,5 Prozent zugenommen und betrug am 15. März insgesamt rund 70.800; davon entfielen auf Personen, die in der Arbeitslosenversicherung unterstellt worden sind, 53.800, auf solche aus der Arbeitslosenversicherung 17.000.

Ein Mahnmal.



Die Döebus-affäre soll, wie wir hören, durch Errichtung eines Reichesmahnmals ihren würdigen Abschluß finden.

Schlag gegen Biljudski

Sozialdemokratischer Parlamentspräsident
Diktaturneigung Biljudskis

Der polnische Diktator Biljudski hat bei der Eröffnung des neu gewählten Parlaments eine persönliche Niederlage erlitten, die für sein geradezu Größenwahnsinniges Selbstgefühl um so peinlicher sein muß, als er sie selbst verschuldet hat. Mit den überlieferten Mitteln des Wahlterrors, ganz nach dem Muster der Balkanstaaten, war es ihm gelungen, eine stattliche Zahl seiner Anhänger in das Parlament entsenden zu lassen. Aber eine tragfähige Mehrheit verfügte der Regierungsbündel aber noch lange nicht. Biljudski hat nun versucht, von vornherein die Abgeordneten einzuschüchtern und sie zu willfährigen Instrumenten seiner Regierung herabzuwürdigen. Auf seinen Befehl hin sollte der stellvertretende Ministerpräsident Partel zum Sejmarschall (Präsident des Abgeordnetenhauses) gewählt werden. Noch ehe das neue Parlament zusammentrat, ließ er erklären, daß er eine Niederlage von Partel mit der Auflösung beantwortet würde. Um dieser Drohung größeren Nachdruck zu geben, ließ er, unter Nichtachtung aller Immunitätsgrundsätze, einige Abgeordnete der Linken — Kommunisten, radikale Bauern und Ukrainer — im Plenum durch Polizisten verhaften, nur weil sie sein Erscheinen mit Zwischenrufen begrüßt hatten, in denen gegen den Regierungsterror bei den Wahlen protestiert wurde.

Biljudski hat sich hinsichtlich der Wirkung dieses faschistischen Auftretens geirrt. Es scheint, daß er durch diese Verhaftungen die gegenteilige Wirkung ausgelöst hat. Nicht Partel, sondern der Kandidat der linken Opposition, der Sozialdemokrat Janos Dajinski, wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit gewählt. Die Minister verließen bei der Verkündung des Resultats demonstrativ den Sitzungssaal.

Wären nicht diese Einschüchterungsversuche vorangegangen, dann würde die Wahl Dajinskis für die Regierung zwar nicht angenehm gewesen sein, aber sie hätte dem persönlichen Ansehen Biljudskis nur geringen Abbruch getan. Der Diktator hätte sich damit trösten können, daß der neue Parlamentspräsident ein alter persönlicher Freund von ihm ist, der noch vor wenigen Jahren sogar eine gute Biljudski-Biographie verfaßt hat. Jetzt aber trägt diese Wahl den Charakter einer sensationellen Demonstration gegen das persönliche Regiment Biljudskis, für die parlamentarische Demokratie.

Wie wird nun Biljudski auf diese Niederlage reagieren? Bei seiner maßlosen, ja pathologischen Eitelkeit muß man auf alles gefaßt sein. Wird er seine Drohung mit der Auflösung des neuen Parlaments wahr machen? Manche Anzeichen sprechen dafür, z. B. der Stimmton der offiziellen Epoca, wonach die Regierung sich durch Demonstration „nicht gefallen lassen könne“ Bill er durch Neuwahlen unter noch brutalerem Terror als bei den hohen stattgefundenen ein willfähriges Parlament zustandbringen? Das dürfte ihm kaum gelingen. Am Montag ist Biljudski nur gegen die Linke unterlegen. Die Rechte, gegen die sich der Kampf des Diktators bisher in erster Linie richtete, hat sich mit ihren 50 Stimmen an der Wahl des Sejmarschalls nicht beteiligt. Biljudski hat also fast zwei Drittel der Abgeordneten gegen sich. Selbst der größte Regierungsterror bei Neuwahlen würde es nicht erreichen, daß aus dieser starken Mehrheit eine Minderheit wird.

Was nun? Will Biljudski das Parlament gänzlich ausschalten, also nach rein faschistischen Methoden regieren? Bei seinem Eigensinn und seiner militaristischen Denkweise ist das durchaus denkbar. Aber es wäre ein außerordentlich gefährliches Experiment, das er wagen würde, wenn er den Mussolini spielen wollte. Das faschistische Abenteuer ist in Italien geblüht, es hat sich in den letzten 5 1/2 Jahren durchgesetzt, ob aber das Regime Mussolinis angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich noch lange wird behaupten können, bleibt dahingestellt.

Indessen ist Italien ethnographisch ein fast einheitliches Land. Polen dagegen ist ein Nationalitätenstaat, in dem die nationalen Minderheiten rund 45 Prozent der Bevölkerung bilden. In einem solchen Staat, dessen wirtschaftliche und finanzielle Lage keineswegs rosig ist und der mit fast allen seinen Nachbarn auf gespanntem Fuße steht, eine militaristisch-faschistische Diktatur aufrichten zu wollen, wäre ein glatter Wahnsinn. Macht Biljudski seine Drohung wahr, dann treibt er mit dem Schicksal seines Landes ein Sabotagepiel gefährlicher Art. Aus dem „Reiter“ Polens könnte dann sehr leicht der Totengräber Polens werden!

Ein tolles Durcheinander

O. Pawjan, 28. März. (Ein Drahtbericht.)
Am Sejm hat sich nach der Mittwochs-Session der Abgeordneten des Regierungsbündels eine widerwärtige Situation ergeben. Während die Linksparteien ihren oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung durch die Wahl Dajinskis zum Sejmarschall und bekräftigten, haben die Abgeordneten der Regierung